

Debattenbeitrag der Fraktion BürgerListe Nidda zu TOP 5 der Stadtverordnetenversammlung am 30.06.2020 „Konzept für die Abschaffung von Straßenbeiträgen“.

In einem Punkt besteht Einigkeit, meine Damen und Herren: Ja, die kommunalen Straßenbeiträge sind in zweifacher Hinsicht ungerecht:

1. Im Ländervergleich, da in etlichen Bundesländern die Sanierung kommunaler Straßen Ländersache ist.
2. Auch innerhalb Hessens bei der Betrachtung „reicher“ Kommunen im Vergleich mit den „armen Schluckern“ wie z.B. Nidda.

Die Diskussionen, die wir führen, haben ihre Ursache im zweifelhaften „Geschenk“ der Landesregierung aus dem Jahr 2018, die Entscheidung über die Erhebung von Straßenbeiträgen zukünftig den Kommunen zu überlassen. Ein bundesweit ebenso einmaliger wie unhaltbarer Zustand.

Am 14. Mai letzten Jahres haben alle Fraktionen dieser Stadtverordnetenversammlung den gemeinsamen Antrag beschlossen:

„Der Magistrat wird aufgefordert, in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Bau- und Planungsausschusses einen Beschlussvorschlag zur Abschaffung der Straßenbeiträge vorzulegen.

Der Beschlussvorschlag soll ebenfalls Konzeptvorschläge enthalten, die eine Abschaffung von Straßenbeiträgen gewährleistet, **ohne dass eine wesentliche finanzielle Mehrbelastung für die Stadt** entsteht. Dieses Konzept soll sowohl eine Evaluierung zur Vorbeugung von Straßenschäden als auch ein Konzept zur kostensparenden Umsetzung von Straßensanierungsmaßnahmen enthalten.

Darüber hinaus ist in dem Doppelhaushalt für 2021 und 2022 ein Rücklagenkonzept zur Finanzierung der wegfallenden Straßenbeiträge zu integrieren.“

Was seinerzeit schon fast der Quadratur des Kreises gleichkam, erscheint uns unter den aktuellen Umständen schier unmöglich.

Aber wie auch immer: Der Magistrat hat ein Konzept vorgelegt, das aber zu dem Schluss kam, dass eine **„kreative Lösung“** ohne Kompensation auf Dauer nicht möglich ist und vier Optionen dargestellt. Der Fachbereich Finanzverwaltung hat gründlich und differenziert gearbeitet und in seinem Beschlussvorschlag auch die zeitliche Schiene realistisch dargestellt. Wenn man sich dann, wie die Kollegin Christine Jäger, nur weil die Darstellung nicht den eigenen Wünschen und Vorstellungen entspricht, zu dem forschen Spruch hinreißen lässt: „Der Magistrat hat seine Hausaufgaben nicht gemacht, setzen 6!“ beweist das schon ein hohes Maß an haushaltspolitischer Ahnungslosigkeit. Und darüber hinaus eine nie gekannte Respektlosigkeit gegenüber Magistrat und Verwaltung.

Ein kurzer Rückblick wirft die Frage auf: Wo war eigentlich die Niddaer Kommunalpolitik, als das Land die defizitären Kommunen gezwungen hat, einen Haushaltsausgleich entweder durch Straßenbeiträge oder Steuererhöhungen zu erreichen? Warum hat man es seinerzeit nicht steuerfinanziert versucht, sondern die einmaligen Straßenbeiträge beschlossen? Die haben Haus-

und Grundbesitzer in einzelnen Stadtteilen (in Eichelsdorf, Ulfa und der Kernstadt) finanziell tatsächlich mit dem Rücken an die Wand gedrückt. Aber das waren ja nur wenige, die hat man mit ihren Nöten im Regen stehen gelassen!

Die BürgerListe sieht die Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge, seinerzeit auf Initiative der Bürgerinitiative in Fauerbach, als eine der ganz großen Solidarleistungen Niddaer Bürgerinnen und Bürger, die es in unserer Stadt gibt. Das hat in den vergangenen Jahren auch immer funktioniert und soll jetzt alles Makulatur sein?

Zur Erinnerung, meine Damen und Herren: In der gleichen Stadtverordnetenversammlung am 14.05.2019 wurde ein weiterer Antrag einstimmig beschlossen:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Nidda fordert den Hessischen Landtag auf, die Streichung der Beitragspflicht für den Ausbau von Ortsstraßen aus dem Kommunalen Abgabengesetz zu beschließen und die daraus resultierenden Einnahmeausfälle der Kommunen durch Zuweisung aus originären Landesmitteln zur Verfügung zu stellen.“

Ist das schon vergessen? Wir verlieren diesen Ansatz völlig aus den Augen! Warum wird der Druck auf die Landesregierung nicht aufrechterhalten? Auch der hessische Steuerzahlerbund setzt sich nachdrücklich dafür ein, die Straßenbeiträge „bei voller Kompensation der kommunalen Einnahmeausfälle durch das Land abzuschaffen.“ Das nennt man wohl eine Expertenmeinung.

Und all das, meine Damen und Herren, war **vor** der fatalen Entwicklung durch die Corona Pandemie. Der Bürgermeister hat uns mehrfach auf die gravierenden Auswirkungen und deren nachhaltige Folgen auf die städtische Haushaltswirtschaft hingewiesen. Einnahmeausfälle in bislang unbekannter Höhe, Hilfen durch Land und Bund völlig vage und der deutliche Hinweis des Innenministeriums, (Zitat) „dass der Magistrat angesichts der Lage verantwortungsvoll abzuwägen hat, ob und welche etatisierten Aufwendungen angesichts der künftig wahrscheinlich erforderlichen Konsolidierungsverpflichtungen in welchem Umfang tatsächlich in Anspruch genommen werden müssen.“

Wieder mal eine sehr hilfreiche Formulierung aus der Landeshauptstadt. Aktuell soll ein kreditfinanziertes Sondervermögen in Höhe von 12 Milliarden Euro aufgelegt werden, dass unter anderem dazu verwendet werden soll, die Einnahmeausfälle der Kommunen zu kompensieren. Nix Genaues weiß man aber nicht!

12 Milliarden, meine Damen und Herren, das sind 12.000 Millionen Euro! Würde man daraus den Sanierungsbedarf kommunaler Straßen in Höhe von geschätzt 60 – 80 Millionen jährlich finanzieren, hätte man den Hessischen Kommunen wirklich geholfen und eine große Bürde abgenommen, nicht nur uns hier in Nidda.

So bleibt bis zur nächsten Steuersonderschätzung in der zweiten Septemberwoche alles, was wir tun und planen, haushaltspolitische Kaffeesatzleserei. Dazu hat ein Haushaltsexperte **noch vor der aktuellen Krise** gesagt (Zitat): „Als Momentaufnahme scheint die finanzielle Haushaltslage der Stadt Nidda derzeit als gefestigt. Aber gerade diese Sicherheit birgt Risiken. Die Stadt Nidda ist stark abhängig von unbeständigen Erträgen wie Gewerbesteuer, Einkommenssteuer, und Schlüsselzuweisungen. Dies sollte allen Verantwortlichen bewusst sein. Kommt die Wirtschaft ins Wanken, ziehen sich Mindereinnahmen bis in die kleinste Keimzelle unserer Demokratie, den

Kommunen durch.“ (Eine weitere Expertenmeinung von Reimund Becker, dem ehemaligen Ersten Stadtrat und Kämmerer der Stadt Nidda.)

Und was machen wir? Wir schaffen in dieser Situation wirklich die wiederkehrenden Straßenbeiträge ab? Und erklären den Haus- und Grundbesitzern, das geht ohne jede Form der Kompensation! Wir halten das für unredlich!

SPD und CDU Fraktion haben in bisher nie gekannter Einigkeit den Entwurf einer Aufhebungssatzung im HFA mehrheitlich beschlossen. Immerhin ist damit die vom Kollegen Knoche gebetsmühlenartig wiederholte Unterstellung einer Koalition von BürgerListe und CDU eindrucksvoll widerlegt. In diese Koalition ist jetzt die Niddaer SPD eingetreten.

Die SPD handelt offenbar nach dem Motto „Augen zu und durch!“, es ist ja bald Wahl, irgendwie fast noch verständlich. Da Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen ja nicht die Dorfpartei sind, sondern über den Tellerrand hinaus schauen, hätten Sie sich mal bei den benachbarten SPD Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern umhören können, wie sie die Sache sehen. Der Florstädter Rathauschef spricht in diesem Zusammenhang gar von Egoismen. Soweit würden wir nicht gehen, geben aber an dieser Stelle mal zu bedenken, dass bei der Entwicklung unserer von Ihnen so oft zitierten „liebens- und lebenswerten Stadt“, gerade unter den aktuellen Umständen, Gemeinwohl vor Eigennutz stehen sollte.

Von der CDU Fraktion hat man im HFA nur gehört, es sei an der Zeit, „den Bürgern etwas zurückzugeben“. Blanker Populismus! Sie können den Bürgern nichts zurückgeben. In einer Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes wird vielmehr festgestellt, dass ein Ausgleich für Anlieger, die in den zurückliegenden Jahren Straßenbeiträge gezahlt haben, nicht möglich ist.“ (Wieder mal eine Expertenmeinung.) Es entsteht hier vielmehr der Eindruck, dass die CDU nicht vielen etwas zurückgeben will, sondern wenigen etwas ersparen will, aus welchen Gründen auch immer.

Dazu der Hessische Städte- und Gemeindebund wörtlich: „Der HSGB stellt fest, dass eine Rückzahlung von abgerechneten Straßenbeiträgen, deren Bescheide rechtskräftig und unanfechtbar sind, nicht möglich sei. (...) Eine rechtliche Grundlage zur Entlastung über die Grundsteuer sei ebenfalls nicht vorhanden.

Und was passiert dann konkret in Nidda? Da über kurz oder lang über die Grundsteuer kompensiert werden muss, werden all jene, die in den vergangenen Jahren solidarisch ihren Beitrag geleistet haben und noch weitere Jahre leisten müssen, ein zweites Mal zur Kasse gebeten. Und über die Nebenkosten trifft das dann auch noch alle Niddaer Mieterinnen und Mieter.

Wir stellen uns heute schon die bange Frage, wie der Hebesatz zukünftig aussehen wird. Sollte die Aufhebung hier und heute so beschlossen werden, dann ist das demokratisch, frei nach dem Motto „Mehrheit ist Mehrheit“, aber es ist nach Überzeugung der BürgerListe weder christdemokratisch, geschweige denn sozialdemokratisch. Und sollten Sie vielleicht noch auf die Idee kommen, an der Gewerbesteuer zu drehen, dann haben wir ein echtes Sparprogramm. Denn dann können wir uns Gedanken an neue Wohn- oder Gewerbegebiete gänzlich sparen. Eine Kettenreaktion, bestehend aus fehlender Neuansiedlung und möglicher Abwanderung von Gewerbetreibenden ist dann durchaus absehbar. Um das in aller Deutlichkeit zu sagen, die BL Nidda spricht sich ausdrücklich gegen weitere Steuererhöhungen aus.

An der Stelle wagen wir die Prognose, dass die Verabschiedung des Haushalts 2021/22 über den Wahltermin im März 2021 hinausgeschoben werden wird, denn dann haben die Bewohner, Handwerker, Gewerbetreibenden und Industriebetriebe wieder fünf Jahre, um zu vergessen, was ihnen versprochen und nicht gehalten wurde. Wir empfehlen den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Zusammenhang einen Blick in das Wahlprogramm der SPD, Zitat: „Sofern eine Ausgabenreduzierung nicht erfolgt bzw. erfolgen kann, sind hierbei alle Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen und insbesondere Steuersätze und Gebühren zu erhöhen.“

Ein kleiner Nebeneffekt wird sein, dass der Spielraum für freiwillige Leistungen oder Investitionen, den sich die Stadt durch gute Rahmenbedingungen und kluge Haushaltspolitik in den vergangenen beiden Jahren geschaffen hat, schlicht und ergreifend futsch ist. Ob eine Tribüne für die neue Sporthalle oder gar der Traum vom Schulschwimmbad oder die Kneippanlage in Bad Salzhausen, das können Sie alles streichen und Sie dürfen sich noch nicht mal die Farbe aussuchen, denn die ist rot!

Kommunale Politik, so wie sie die BürgerListe versteht und wofür wir bei der letzten Wahl fast ein Drittel der Wählerstimmen bekommen haben, steht in Nidda akut auf der Kippe. Ab sofort zählt nur noch Parteiinteresse, es ist ja bald Wahl!

Und noch ein Gedanke zum Inhalt des letzten Flugblatts der „BI straßenbeitragsfreies Nidda“: Auf die unsäglichen Unterstellungen gegen die Stadtverordnetenvorsteherin, den Bürgermeister oder auch die BürgerListe möchte ich hier nicht eingehen, da mag sich jede Bürgerin und jeder Bürger dieser Stadt sein eigenes Bild machen. Nur so viel: Man liest, dass mehrere Unterschriftenaktionen und mehrere Demonstrationen vor der Stadtverwaltung mit 50 Teilnehmern und des Bürgerhauses mit 250 Teilnehmern durchgeführt (wurden). Stimmt, zwei sind durchaus mehrere. **Der Bürgerwille wurde klar gezeigt, wir wollen die Abschaffung.** Dazu möchte ich anmerken, dass 250 Bürgerinnen und Bürger, von denen einige noch aus Nachbargemeinden gekommen waren, weniger als 2 (in Worten zwei) Prozent der Niddaer wahlberechtigten Bevölkerung abbilden. Eine wahrhaftig eindrucksvolle Manifestation des Bürgerwillens.

Solange das Land Hessen seiner Verantwortung für die Kommunen weiter nicht gerecht wird, werden auch wir in Nidda, zumal in diesen Zeiten, keine zufriedenstellende Lösung finden. Ich möchte deshalb abschließend eine weitere Expertenmeinung zum Thema zitieren. Karl-Christian Schelzke, ehemaliger geschäftsführender Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebunds sagt zu diesem schwierigen Thema in dieser schwierigen Zeit: „Ich würde immer den Mittelweg nehmen, also hohe Einmalbelastungen von Anliegern erneuerter Straßen vermeiden. Aber diese Kosten auch nicht auf alle Steuerzahler verteilen. Machbar wären zum Beispiel wiederkehrende Straßenbeiträge in dreistelliger Höhe.“ Und das, meine Damen und Herren, ist genau das, was wir in Nidda haben, wofür sich alle Fraktionen entschieden haben und was bis vor kurzem gut funktioniert hat. Aber wofür brauchen wir Expertenmeinungen, wir haben ja genügend Experten in dieser Stadtverordnetenversammlung. Aus unserer Sicht gibt es zwei Gründe für den Aktionismus der neuen Großen Koalition in Nidda: Klientelpolitik und Wahlgeschenke.

Es steht zu befürchten, dass die Aufhebung der Satzung im wahrsten Sinne des Wortes „ohne Rücksicht auf Verluste“ heute hier beschlossen wird. Die BürgerListe ist der festen Überzeugung: Wenn wir hier und heute aufheben, dann tun wir das auf unserem eigenen Rücken.

Aus all diesen Gründen lehnt die Fraktion der BürgerListe die vorliegende Aufhebungssatzung ab. Und wir appellieren an alle Fraktionen dieser Stadtverordnetenversammlung:

Denken Sie nochmal gründlich nach, im Sinne einer klugen Entscheidung für unsere Stadt Nidda, die wir doch alle so „liebens- und lebenswert“ gestalten und entwickeln wollen.

Und aus aktuellem Anlass noch ein abschließender Gedanke von Karl-Christian Schelzke, dem langjährigen Geschäftsführenden Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebundes aus einem Interview in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung von vorgestern:

„Am Ende bleiben für die kommunalen Entscheidungsgremien, sprich Gemeindevertretung und Stadtverordnetenversammlung, nur noch diejenigen, die ihre eigenen Interessen und nicht die der Allgemeinheit im Blick haben. Das wiederum führt zu einem enormen Ansehensverlust: für die Kommunalpolitiker und für die kommunale Demokratie als Ganzes. Ein Teufelskreis. Dabei sollten die Menschen doch eigentlich das Gefühl haben: Das ist meine Gemeinde, meine Demokratie, das ist meine Stadt, meine Demokratie.“

Damit das in Nidda nicht passiert, meine Damen und Herren, dafür steht die BürgerListe jetzt und in Zukunft.

In diesem Sinne, verehrte Kolleginnen und Kollegen, denken Sie noch einmal nach.

Bernd Schoeps, Fraktionsvorsitzender